

# Kein Das-Boot-ist-voll-Wahlkampf

## Landtags-Politikerquartett debattierte im Tübinger Casino über Zuwanderung und Integration

**TÜBINGEN (ave).** Mit einer Podiumsdiskussion über Einwanderungspolitik bewies der Tübinger Ring politischer Jugend (RPJ) am Mittwochabend ein gutes Gespür für den Puls der Zeit: Just an jenem Tag, an dem die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission ihr Positionspapier zu Zuwanderung und Integration vorlegte, debattierte im „Casino“ über das Thema Landessozialminister Friedhelm Repnik (CDU) mit den Tübinger Landtagsabgeordneten Rita Haller-Haid (SPD) und Boris Palmer (Grüne) sowie dem parlamentarischen Berater der FDP, Dietmar Schöning.

Annähernd 100 Besucher mochten die Argumente der im Landtag vertretenen Parteien hören, eigene Positionen anbringen oder Fragen stellen - und das „trotz Biergartenwetters“, wie Moderatorin Kristin von Heyden vom Südwestrundfunk betonte. Sie stellte zunächst die Eckpunkte des druckfrischen Berichts „Zuwanderung gestalten - Integration fördern“ der so genannten Süßmuth-Kommission vor.

In dem Papier heißt es, der Satz „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ sei „als Maxime der Politik unhaltbar geworden“. Von einer „ziemlichen Kehrtwende“, so von Heyden, mochte Sozialminister Repnik freilich nichts wissen: Deutschland sei weiterhin kein Einwanderungsland und werde auch nie eines werden. Gleichwohl befand er unisono mit den anderen Podiumsrednern, der Kommissionsbericht sei „in weiten Teilen in Ordnung“ und brauchbare Grundlage für die Diskussion. Aber, so forderte Repnik: „Wir müssen die Zuwanderung so steuern, dass Zuwanderer nicht in die sozialen Sicherungssysteme wandern, sondern in den Arbeitsmarkt.“

Boris Palmer erklärte im Hinblick auf Repniks Position zum „Einwanderungsland“, der Sozialminister komme ihm vor „wie Herr Honecker 1989, der sagte, die Mauer wird noch 100 Jahre stehen“. Der Grüne regte

an, sich „erst 'mal im Land um die Menschen zu kümmern, die schon da sind - etwa um die Familie Güler“. Die türkische Familie lebt seit fast einem Jahr im Kirchenasyl (wir berichteten). Dietmar Schöning mochte „hier nicht streiten, sondern werben“, und zwar für einen möglichst breiten Konsens: „Wenn wir Zuwanderung



Die Podiumsredner Boris Palmer, Dietmar Schöning, Friedhelm Repnik und Rita Haller-Haid

brauchen, setzt das die Bereitschaft der einheimischen Bevölkerung voraus, sich auf Integration einzulassen.“ Deshalb sei es „richtig, vorsichtig anzufangen“, etwa mit den im Bericht vorgeschlagenen 50 000 Zuwanderern pro Jahr und nicht gleich mit 200- oder 300 000, wie von Vertretern der Wirtschaft angeregt. Auch Rita Haller-Haid mochte „erst die deutsche Bevölkerung vorbereiten“. Es sei aber „schlecht, dass die CDU das Papier gleich kritisiert hat, statt nach Gemeinsamkeiten zu suchen“.

Der fraktionsübergreifende Bericht „eröffnet die Chance, ein Einwanderungsgesetz hinzukriegen“, sagte die Sozialdemokratin. Dazu Repnik: „Ein Zuwanderungsgesetz muss immer auch ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz sein.“ Schließlich wolle man „kein ausländerfeindliches Klima schaffen“.

Nach Defiziten der Integration fragte Co-Moderatorin Annika Delzeit vom RPJ die Runde. Haller-Haid bemängelte, dass im Land Geld für Sprachunterricht gespart werde - wofür Schöning prompt konterte: „Sprachfördermittel wurden um vier Millionen Mark aufgestockt.“ Zwar könne das „noch mehr werden - aber man kann nicht pauschal sagen, dass alles runter gefahren wird“.

Palmer forderte, man dürfe „nicht wieder den Fehler machen zu denken, das sind Gastarbeiter, die gehen nach ein paar Jahren wieder“. Er plädierte etwa für Ergänzungsangebote in den Schulen für nichtmutter-sprachliche Kinder sowie ganz allgemein für eine „Kultur der Anerkennung“. Schöning regte auch deutsch-sprachigen Islamunterricht an, statt Kinder „einer fundamentalistischen Koran-Beschulung zu überlassen“. Repnik befand, Integration sei „keine Einbahnstraße“. Integ-

rationswille sei nötig; er sehe aber „bei vielen, dass sie sich selbst ghettoisieren“.

Integration heiße nicht völlige Anpassung, hielt eine Besucherin Repnik entgegen: „Meine Schwester lebt seit vier Jahren in Korea - trotzdem isst sie nicht Fischsuppe mit Reis zum Frühstück.“ Weitere Statements und Fragen der Besucher/innen drehten sich ums kommunale Wahlrecht für Ausländer, um Einbürgerungsgebühren für Kinder oder um Inhalte der Integrationskurse. Die Kurse müssten mehr als nur die Sprache vermitteln, verlangte Repnik. Gelehrt werden solle Wissen über „Land, Leute und Gebräuche“ ebenso wie „die großen Philosophen“. Jene wünsche sie sich auch für die Deutschen, entgegnete Haller-Haid.

Ein Zuhörer kritisierte, die Einwanderungs-Diskussion strotze vor Egoismus, das Thema würde vorrangig unter dem Aspekt der „wirtschaftlichen Verwertbarkeit von Ausländern“ diskutiert. Den Vorwurf des „gezielten Menschen-Imports“ wies Repnik als „böartige Unterstellung“ zurück: „Kein Mensch wird gezwungen oder mit dem Lasso gefangen.“ Andererseits gebe es aber auch „kein Land, das sich die Zuwanderer nicht aussucht“. Dass es einen generellen Bedarf an Zuwanderern gibt, war auf dem Podium unumstritten. Entsprechend solle auch „kein Das-Boot-ist-voll-Wahlkampf gemacht werden, forderte Haller-Haid. Palmer ergänzte, man müsse den Sinn der Zuwanderung für die überalternde Bevölkerung betonen, statt zu sagen: „Da kommen fünf Millionen Ausländer, die fressen mir die Haare vom Kopf.“